

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: H. Deutmann in Düsseldorf 51,
Coramarkt 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind
jeweils an den betr. Redaktionsvorstand einzuliefern.
Einsendungen werden ohne Rücksicht auf
den Inhalt in Düsseldorf eingegangen sein. Es

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van Allen in Prefeld, Post-Rothstraße 66.
1909 Nr. 47

Nr. 47.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 20. November 1909.

Fernsprech-Nummer 4423.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Rote Streitakt. — Das Faustrecht im
Gewerkschaftskampf. — Der Ausbau der öffentlichen Ver-
kehrsmittel in Deutschland. — Die Unfall-Entschie-
dungen der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenos-
senschaft im Jahre 1908. — Genickstein: Einige wichtige
Fragen aus der Volkswirtschaft. — Aus dem Verbands-
gebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreiki-
geiten: Dänen. — Post (H. Lauff). — Streif-
lichter aus den Ortsgruppen: Eupen. — Mühl-
hausen i. S. — Steinhilber. — Ulfersdorf. — Gewerks-
chaftliches: Aus unseren Verbänden: Eine „Ant-
wort“. — Aus geographischen Organisationen:
Schlagfertige Sozialdemokraten. — Ein interessantes
Geschehnis. — Eine Demonstration. — Aus Arbeit-
geberkreisen: Schutz des Arbeitswilligen. — Allge-
meine Rundschau: Allgemein: Armenunterstützung
— Schmälerung der politischen Rechte. — Besammlungs-
kalender. — Streiflichter.

Rote Streitakt.

Streitakt aus dem kürzlich beendeten Kampf bei der Firma Godefroy u. Elsäßer in Wühl und Lauterbach-Zell (Ober-Elsäß).

Der Kampf, der sich vorwiegend gegen die Ein-
führung des Vierstufensystems richtete, ist ver-
loren. Nach neuwöchentlichem tapferen Wider-
stand mußten die Arbeiter bedingungslos die
Arbeit aufnehmen. Nach suchten sich die Arbeiter
z. B. durch eine Art Guerrillakrieg zu wehren, doch
liegt der Kampf in den letzten Stadien. Die
Widerstandskraft der Arbeiter ist vorläufig gebrochen,
die Schmach vollzogen. Sie werden fürs erste die
Bedingungen des Arbeitgebers akzeptieren müssen.
Dieser Kampf hat für die Arbeiter manche Lehren
gelehrt. Er wies vor allem ein großes Streit-
licht auf die mehr als sonderbare Streit-
taktik des sozialdemokratischen Verban-
des. Es lohnt sich darum, einen Rückblick auf
die Lohnbewegung zu werfen.

Nach der „Mühl. Volkstz.“, dem Organ der
Genossen, wurde die Arbeiterpartei „wegen mangel-
hafter Organisationsverhältnisse“ nieder-
geworfen. Diese mangelhaften Organisationsverhältnisse
waren der sozialdemokratischen Verbandsleitung schon
vor dem Streit bekannt. Warum ließ sie es dann
aber überhaupt zum Streit kommen? Gerade in
diesem Fall, wo es sich um eine grundsätzliche
Frage handelte, war von vornherein auf jeden
Widerstand des Arbeitgebers, sowie mit
dem Eingreifen der Arbeitgeberorgani-
sation zu rechnen. Die sozialdemokratische Ver-
bandsleitung hatte die Entscheidung in der Hand,
sie trägt auch die moralische Verantwortung für
den Ausgang des Kampfes. Dieser Kampf
brachte den Arbeitern nicht den geringsten Er-
folg, wohl aber eine Lohnminderung von zirka
110000 Mark.

Die Leitung des sozialdemokratischen Textil-
arbeiterverbandes scheint überhaupt für die Mit-
glieder des letzteren

zweiterlei Recht

hipuliert zu haben. In Hohenlimburg (Westf.)
verlangten unlängst die sozialdemokratisch organi-
sierten Packfabrikarbeiter der Firma Wörth
KfB eine Regelung ihrer ungleichen Lohnver-
hältnisse. Durch Einschränkung der Ueberstunden suchten sie
auf die Firma einen Druck auszuüben. Die Folge
war, daß familiäres Packfabrikarbeiter gekündigt
wurde. Der aus sozialdemokratisch organisierten
Arbeitern bestehende Arbeiterausschuß sollte nun die
Packfabrik mit andern Leuten besetzen. Er weigerte
sich mit Recht. Daraufhin wurden 150 Arbeiter,
darunter der ganze Arbeiterausschuß, sowie
vier Vorstandsmitglieder des sozialdemokra-
tischen Verbandes auf Wälfersdorf geworfen. Ferner
nahm die Firma eine allgemeine Lohnreduk-
tion von 10% vor. Offenbar handelte es sich hier
um einen Schlag gegen die Organisation.
Die Arbeiter sollten niedergebühlet, entrechtet wer-
den. Es handelte also für sie noch weit mehr um
den Spiel, als für die Arbeiter bei der Firma Godefroy
u. Elsäßer. Die Arbeiter bei der Firma Wörth
KfB, denen der sozialdemokratische Gewerkschaft
selbst öfters vorgeworfen hatte, sie seien nicht ra-
dikal genug, sie ließen sich viel zu viel vom
Direktor gefallen, die wollten sich diese Ver-
gewaltigung, den Raub ihrer Menschen-
rechte nicht gefallen lassen. Sie wollten den
Kampf. Die Unterstützung wurde ihnen aber von
der sozialdemokratischen Verbandsleitung verweigert.
Die Arbeiter mußten sich jämmerlich bedingungslos
fügen. Und warum? Weil an-
geblüht von insgesamt 512 Arbeitern nur 20% unter-
stützungsberechtig waren. Das war ungefähr das-
selbe Organisationsverhältnis, wie es bei der
Firma Godefroy u. Elsäßer vorlag. Hier waren
von zirka 280 Arbeitern kaum 100 unterstützungs-
berechtigt. Der „Textilarbeiter“, das Organ des
sozialdemokratischen Verbandes, schrieb in Nr. 37 mit
Bezug auf die Bewegung in Hohenlimburg: „Es
wäre ein Stück aus dem Fallhause“ gewesen,

wenn die sozialdemokratische Verbandsleitung bei
den vorliegenden Organisationsverhältnissen den Streit
genehmigt hätte. Dieses „Stück aus dem Fall-
hause“ hat der sozialdemokratische Verband
bei der Firma Godefroy u. Elsäßer aber nun
wirklich ausgeführt. Und die Arbeiter sind die
Leidtragenden.

Das sozialdemokratische Verbandsorgan aber hat
mit seinen Ausführungen in Nr. 37 die Taktik seiner
eigenen Verbände, und der Gauleitung aufs
schärfste gebremst.

Interessant und bezeichnend ist auch
der Ausdruck des Streiks.

Im kleinen Betrieb wurde 13 Arbeitern gekün-
digt, offenbar um sie zu zwingen, auf vier Stühlen
zu arbeiten. Die Leitung des sozialdemokratischen
Verbandes gab nun die Parole aus, in diesem Ver-
trieb nach Ablauf der Kündigungsfrist obiger 13
Arbeiter die Arbeit niederzulegen, im Hauptgeschäft
aber vorerst noch weiterzuarbeiten. Die Ar-
beiter aber traten ungeachtet dieser Parole in bei-
den Betrieben sofort in den Streit, natürlich
unter Kontraktbruch und ohne vorherige
regelmäßig eingeleiteten Verhandlungen. Dieses
Vorgehen ist ein erneuter Beweis dafür, wie wenig
die sozialdemokratischen Verbandsführer
ihre Mitglieder in der Hand haben. Und die
Faltung dieser war ausschlaggebend. Offen-
bar lag beim Beginn des Streiks auch die Geneh-
migung der sozialdemokratischen Verbandsleitung
noch nicht vor. Die Mahnungen des sozialdemo-
kratischen „Textilarbeiters“ in Nr. 21, 1907: „daß
in Zukunft streng darauf geachtet werden müsse,
daß ohne Genehmigung des Zentralvorstandes kein
Kampf mehr begonnen werde.“ scheint demnach wenig
gesucht zu haben. Nichtsdestoweniger erklärte
der Gauleiter, er nehme die Verantwortung für
den Streik auf sich, und die Verbandsleitung
sanktionierte denselben. Die Drohung in obiger
Nummer des „Textilarbeiter“:

„Es dürfte nachgerade Zeit sein, daß der Zentralvor-
stand die Frage erwägt, ob es denn nicht viel richtiger
ist, wenn er von vornherein in solchen Fällen jede
Unterstützung, auch jede persönliche Beihilfe...“
war also jedenfalls nicht so ernst gemeint. Wahr-
scheinlich ist der Zentralvorstand aus den Erwägungen
noch nicht herausgekommen. Zum Schaden be-
sonders der ehrfurchtsvollen Textilarbeiter, denn diese
werden sich angesichts der unvernünftigen Streit-
taktik der sozialdemokratischen Verbandsführer noch
manche Niederlage hofen.

Wie wir bereits eingangs erwähnten, handelte
es sich bei der Einführung des Vierstufensystems um
eine Frage grundsätzlicher Natur. Das Vier-
stufensystem besteht schon in vielen Betrieben. Daß
sich die Arbeiter der Firma Godefroy u. Elsäßer
trotzdem gegen die Einführung desselben sträu-
ten, ist verständlich, zumal nach den Angaben der
Arbeiter der von der Firma für die neuen Stühle
festgesetzte Tarif zu niedrig war und die Befürchtung
bestand, daß das Vierstufensystem auch auf den
alten Betrieb ausgedehnt werden sollte. Trotzdem
würde es, speziell angesichts der mangel-
haften Organisationsverhältnisse, ver-
nünftiger gewesen, nicht Hals über Kopf in den
Streik zu treten, sondern zunächst auf dem Ver-
handlungswege zu versuchen, für die Arbeiter
möglichst günstige Bedingungen zu erreichen.
Jedenfalls hätten die Arbeiter auf diesem Wege
mindestens ebensoviel erreicht, wie jetzt. Der
Streik ist stets ein zweischneidiges Schwert,
das immer nur als letztes Mittel, nachdem alle
friedlichen Verhandlungen versagt, angewandt
werden soll, vorausgesetzt, daß die Vorbedingungen
zu einem günstigen Ausgang des Kampfes gegeben
sind. Nach diesen vernünftigen und allein rich-
tigen Grundrissen hat der Zentralvorstand christ-
licher Textilarbeiter stets überall dort gehandelt,
wo er ausschlaggebenden Einfluß besaß.

Bei dieser Bewegung aber hat man

die Ausschaltung unseres Verbandes,

der mit 27 Mitgliedern im Betracht kam, durchgeführt.
Schon kurz vor und auch nach Beginn des Streiks
hatte die Höhe wegen der Finanzreform ein-
gesetzt. Daß diese der so notwendigen Einigkeit der
Arbeiter keineswegs förderlich war, liegt auf der
Hand. Die letzteren selbst wünschten ein gemein-
sames Vorgehen beider Organisationen. Der
sozialdemokratische Gauleiter aber wußte dies zu
verfehlen. Bemerkenswert ist der von ihm den eigen-
nen Mitgliedern ins Gesicht geschleuderte Ausdruck:

„Verlangt von mir, daß ich demissioniere, aber
verlangt nicht von mir, daß ich mich mit einem
Christlichen noch einmal an einen Tisch setze.“ (Zul-
zul D. R.)

Während des Streiks suchte man fortgesetzt un-
sern Verband und dessen Leitung auf das infamste
zu verdächtigen. So warf man: 1. Mitglieder-
verrat vor. Tatsache ist, daß wir unseren Mitgliedern
eine, wenn auch geringe Unterstützung aus-
bezahlten, trotzdem sie die statutenmäßige Karenzzeit
noch nicht bestanden hatten. Zur Begründung
dieses Vorgehens verweisen wir auf nachstehende
Ausführungen aus Nr. 37 unseres Organs:

„Der Vorstand unseres Verbandes hält an der
statutenmäßigen Unterstützung fest, wonach für den Bezug
von 26 Wochen erforderlich ist. Nur in ganz besonderen
Ausnahmefällen hat er den Anträgen Nachsicht
getragen und auch solchen Unterstützung gewährt, die
genannte Voraussetzungen nicht erfüllt hatten. Das traf

besonders in solchen Fällen zu, wo den Kollegen
nicht irg. genug Gelegenheit zum Eintritt
in unseren Verband gegeben war.“

Ein solcher Ausnahmefall lag hier vor. Unsere
Mitglieder besaßen auch keinen entscheidenden
Einfluß auf die Art des Vorgehens. Hätte man
nach unserem Grundriss, erst nach erfolgter Kün-
digung die Arbeit niederzulegen, gehandelt, so
würden die meisten unserer Mitglieder bezugs-
berechtigt gewesen. Die Genossen sollten sich
übrigens erst an der eigenen Kasse halten. Auch
sie haben — trotzdem ihre Organisation schon seit
Jahren bestand — Mitglieder unterzogen, die zum
Bezug der Unterstützung noch nicht berechtigt waren.

Einzelne ihrer Mitglieder haben, um sich ihr
Anrecht zu sichern, Marken vorgelegt. Die Mit-
glieder des „freien“ Verbandes erhielten auch, trotz
der bereits am Donnerstag erfolgten Arbeits-
aufnahme, die volle Woche ausbezahlt. Könnte
dies nicht auch als Mitgliederfang bezeich-
net werden?

Verschiedene andere gegen uns ausgeführte Lü-
gen und Verleumdungen haben wir an anderer
Stelle bereits widerlegt. Insbesondere die ver-
logene Behauptung, der Herr Bürgermeister und
der Herr Pfarrer von Wühl sowie ein Meister seien
in Wühlhausen gewesen, um mit unserer Bezirks-
leitung über den Abbruch des Streiks zu verhan-
deln. Auch das sozialdemokratische Verbandsorgan
setzt diesen Schwindel — geschmackvoll garniert —
seinem gläubigen Volke vor. Trotzdem wir diese
Lüge entlarvt haben, sucht sich der Verbreiter der-
selben, Genosse Weinborn in geradezu jämmer-
licher Weise um die Zurücknahme herumzubücken.
Mit einer weitem von „Textilarbeiter“ auf-
gestellten Behauptung, die den Stempel der Lüge
auf der Stirne trägt, mühen wir uns noch etwas
näher zu befassen. Der „Textilarbeiter“ behauptet
in Nr. 45 u. a. auch mit den von einigen unserer
Mitglieder am 23. Okt. gepflogenen Unterhandlung
und schreibt:

„Was kam dabei heraus? Genau das, was bei
den früheren Verhandlungen mit der Streikkommission
herauskam. Nur ein Unterschied war dabei: Nachdem
die „Christlichen“ das Bureau verlassen hatten, etwa eine
Stunde später, belamen 2 Weber, Boneick und Gally,
durch die Post Arbeitsbuch und Invalidenkarte zugesellt
— jetzt, nachdem der Kampf 8 Wochen dauert. — Bei keiner
früheren Verhandlung der Streikkommission ist nachher
irgend einem Arbeiter das Arbeitsbuch nach Hause geschickt
worden. Es mußten erst die „Christlichen“ aufs Bureau
zur Verhandlung gehen. Damit der Unternehmer erlaube,
wer die „Störenfriede“ sind: daß es nicht die „Patent-
schriften“ sondern die freien „Noten“ sind.“

Unverständlich ist noch nie gelogen worden.
Daß unsere Kollegen mit der Entlassung der Weiden
auch nicht das geringste zu tun hatten, geht schon
daraus hervor, daß bereits eine Stunde nach der
Verhandlung Arbeitsbuch und Invalidenkarte den
Betreffenden per Post zugestellt wurde. Die Sen-
dung mußte also bereits vor den Verhandlungen
ausgegeben sein. Doch keine Lüge ist zu dumm, sie
findet bei den fanatisierten Genossen ein gläubiges
Publikum.

Zuguterletzt sollen die Christlichen auch noch
das Ende des Streiks,

das heißt die von den Arbeitern erlittene Niederlage
verschuldet haben. So behauptet wenigstens — von
der sozialdemokratischen Gauleitung inspiriert — die
„Mühl. Volkstz.“ Streikbruch sollen sie began-
gen haben und ihrretwegen soll der Kampf auf-
gehoben worden sein. Natürlich! Haben die Ge-
nossen ein Risiko erlitten, dann müssen die Chris-
tlichen Schuld sein. Das war stets so. Auf diese
schädliche Verleumdung waren wir von vorn-
herein gefaßt. In Wirklichkeit liegen die Dinge so:
Am Dienstag, den 2. November waren schon zirka
50 Streikbrecher vorhanden. Darunter kein
einzig von unsern Leuten. Wohl aber einer
der Hauptstreifer vom roten Verband. Dieser
erbetelte sich erst zwei Mark vom Arbeitgeber, dann
nahm er die Arbeit auf und ging so als „Leute“ den
andern voran. Davon weiß natürlich die sozialdem.
Presse nichts zu berichten. An diesem Dienstag
bereits war die Bewegung von der Arbeiterkassette
allgemein ausgegeben. Am selben Abend
sprach sich auch in einer sozialdemokratischen Ver-
sammlung verschiedene Redner für die Aufnahme
der Arbeit aus. Am folgenden Tage früh gingen
daraufhin wiederum eine größere Anzahl Arbeiter
in den Betrieb, darunter auch einige von unsern
Mitgliedern. Die Mehrheit unserer Kollegen
folgte nachmittags. Den Termin hatten auch die
Genossen zur Arbeitsaufnahme aussersehen.
Aus Konkurrenzgründen verhielten sie diese auf
Donnerstag früh. Unsere Mitglieder hatten keine
Veranlassung, diese lächerliche Komödie mitzumachen.
Damit hätten wir die hauptsächlichsten Momente
aus diesem Kampf hervorgehoben. Unsere Mitglieder
haben den Gegner kennen gelernt. Auch manchem
Unorganisierten und vielleicht auch solchen, die bis
jetzt dem sozialdemokratischen Verbandsangehörten,
wird die verlogene, unehrliche Kampf-
weise der „Genossen“ die Augen geöffnet haben.
Der Einfluß unseres Verbandes im hinteren Ge-
biet wächst langsam, aber stetig. An unsern
Mitgliedern ist es, durch eine rege Agitation diese
Entwicklung zu fördern, dann wird man in Zukunft
unser Organisation berücksichtigen müssen. Zum
Augen der Arbeiter. Darum laute unsere Parole:

Auf zur Arbeit!

Das Faustrecht im Gewerkschaftskampf.

Die Art der sozialdemokratischen Agi-
tation, die Taktik der unfreien Gewerkschaftsführer
ist auch nicht dazu angetan, die Einsicht der Massen
zu schärfen und ihre Urteilsfähigkeit so zu heben,
daß sie im Streitfall objektiv zu entscheiden in der
Lage sind. Es gilt heute noch vielfach das, was
der sog. Abgeordnete Segny auf der Konferenz der
Metallarbeiter Nordbayerns 1897 gesagt hat:

„In den Versammlungen der Gewerkschaften wird
mancher Mißgriff gemacht. Die Versammlungen bewegen
sich nicht auf der Höhe der Zeit. Was ein Agitator
vom Norden oder Süden kommen, man hört immer
dieselbe Rede. Gut man einen gewerkschaftlichen
Agitator reden gehört, so hat man sie alle in ganz
Deutschland gehört. Die Rede besteht in einer wüsten
Schimpferei über den Unternehmer, berechnet
auf den Rachgefühl der Arbeiter, wodurch bei
diesem falsche Ideen hervorgekoren werden. An-
statt die Arbeiter zu erziehen, werden ihnen in den
Gewerkschaften häufig Verdrehungen gemacht, durch die sie
sich später getäuscht fühlen.“

Bei der Verhöhnung der Arbeiter gegen die
Arbeitgeber ist eine ruhige Abwägung aller ein-
schlagigen Verhältnisse, die den Ausgang einer Streit-
bewegung bestimmen, oft außerordentlich schwer
gemacht. Schlagworte wie „Ausbeuter“, „Blutsauger“
eines oder mehrerer Redner beeinflussen nur zu oft
das Resultat der Abstimmung. Das ist dann „Mehrheits-
wille!“ Nach dem verloren gegangenen Zinnererstreik
in München 1900 hielt der sog. Agitator Götzfried
einen Vortrag, in welchem er darlegte, wie unter
den denkbar ungünstigsten Bedingungen dieser
Streik begonnen wurde. Nach dem Bericht des
Münchener Sozialistenblattes sagte er: „Bergleiter:
durch die schwunghaften Reden eines anscheinend vor-
Größenwahn besessenen und moralisch auf keiner zu
hohen Stufe stehenden Kameraden“, allen Warnungs-
rufen der urteilsfähigen Kollegen, sowie der
Arbeiterfreie zum Spott, trat man in den Streit
ein.“ Götzfried behauptete dort auch, daß der
Arbeiter von der Streikleitung „falsche Vor-
spielungen“ gemacht worden seien.

Wie sehr niedrig die Sozialdemokratie gelegent-
lich den Wert öffentlicher Versammlungen und Ab-
stimmungen der Massen einschätzt, zeigt auch eine
Auslassung des „Vorwärts“ in einer Nr. 11 Nummer
vom Jahre 1898. Es war nach dem verlorenen
Berliner Schuhmacherstreik. Trotz der Abmahnung
der Vertrauensmänner hatte eine Schuhmacher-
versammlung den Fortbestand des Streiks beschloßen
und darum schrieb der „Vorwärts“:

„Die in öffentlicher Versammlung zusammengedrängte
Masse, von der gar nicht kontrolliert werden kann, ist
nicht unter ihr Leute sich befinden, die aus selbstständiger
Interessen für den Streit stimmen... beschließt, weiter
zu streiken. Das ist ein Organisationsfehler...“

Mit dem „Mehrheitswille!“ war es also in
diesem Falle nichts!

Wie oft sind nicht schon Streiks ohne jede
Kenntnis der jeweiligen Lage und Gestaltung
des Arbeitsmarktes begonnen worden. In weiter-
wirtschaftlicher Depression und starken Angebots
sind die Aussichten auf Gewinnung eines Streiks
keine guten. In solchen Zeiten müssen nützen und
leidenschaftlos die Aussichten eines Vorstoßes gegen
den Arbeitgeber geprüft werden. Denn ein Streik
ist doch sinn- und zwecklos, wenn ein totaler
Misserfolg in sicherer Aussicht steht. Der
inzwischen aus der sozialdemokratischen Partei aus-
geschiedene Schriftsteller Richard Calmer schrieb in
der „Leipz. Volkstz.“ Mai 1901 folgendes:

„Soll trotzdem in solchem erfolglosen Fall ein Streik
zu rechtfertigen sein, so müssen so schwerwiegende Gründe
für die Arbeiter vorliegen, daß ihnen das Weiterarbeiten
direkt zur Unrecht gereichen müßte. Aber solche Fälle
spielen sich in der letzten Zeit nicht ab. Es handelte sich
vielmehr vielfach um Maßnahmen, um deren willen
die Arbeiter in den Ausstand traten. So erfreulich
nun der Zug der Solidarität ist, der sich bei diesen
Ausständen zeigt, so ist damit das blinde Ge-
marschieren auf den Misserfolg nicht ent-
scheidungsbildig...“ Wenn dann angesichts der Verluste
für die beteiligten Arbeiter wie für die Organisation die
Frage aufgeworfen wird, ob solche aussichtslos
Streiks der Arbeiterbewegung nicht mehr
schaden als nützen, so muß man nach ruhiger Prüfung
zu einer Bejahung der Frage gelangen.“

Daß in diesem Punkte nicht immer mit der
notigen Vorsicht vorgegangen wird, haben auch in
letzter Zeit sozialdemokratische Gewerkschaftsvor-
stände zugegeben. Auf dem Schneiderverbandsstag
in Berlin, August 1906, verlangte der Verbands-
vorsitzende Stühmer, daß vor Einleitung von
Lohnbewegungen die einschlägigen Verhältnisse sorg-
fältig geprüft werden. Die gemachten schlechten
Erfahrungen mit Streikführern veranlaßte diese
Forderung.

Die Unfähigkeit so mancher Streit-
leitung, wie sie aus der Kenntnis der Personen
oft von vornherein feststeht, ist auch nicht geeignet,
die Einsicht und Geschlossenheit der Arbeiter zu
fördern. Der Umstand selbst ebenfalls gegen den
Koalitionsschwanz. Die sozialdemokratischen Gewerks-
schaften machen sich über ihr eigenes geschicktes
Verhalten oft selbst die größten Vorwürfe. Nach
einer vom sozialdemokratischen Verband der Handels-,
Berufs- und Transportarbeiter geführten, aber
verlorenen Lohnbewegung, schrieb die „Braun-

Das Geheimnis

des Erfolges ist die Kleinarbeit. Vorstände und Vertrauensmänner müssen gemeinsam überlegen, wie diese Arbeit am besten durchgeführt werden kann.

Beitrag, das hätte dem Brauerverband nicht passieren können. Darauf erwiderte das Organ des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, der "Kourier", vom 25. Februar 1906:

"So viele Streiks, wie der Brauerverband, hat doch noch keine gewerkschaftliche Organisation in Deutschland erlebt, und so tiefgehend, wie die Brauer streikzeit in Rheinland und Westfalen ist auch keine Arbeiterorganisation bei Lohnbewegungen hereingefallen."

Als die christlichen Gewerkschaften streikzeit die Brauerbewegung nicht mitmachen wollten, wurden sie von der sozialdemokratischen Presse mit Ausdrücken wie "Streikbrecherbanditen", "gehen mit den Unternehmern Arm in Arm", "die Führer besitzen kein Quäntchen Scham", "Arbeiterverrat" u. überschüttet.

Der "Kourier" hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er Ende 1905 schrieb:

Es geht wahrlich mehr Mut dazu, vor irgend einer Torheit zu warnen, als hinterher mit gemäßigter Erbitterung den Arbeitern plausibel zu machen, daß diese oder jene Niederlage eben unvermeidlich war. Viele große Streiks mit ihren Niederlagen in den letzten Jahren fanden fast jeden denkenden Gewerkschaftler von vornherein fest, aber niemand durfte es wagen, die Arbeiterkraft von den einzelnen Kämpfen zurückzuhalten; er wäre gekränkt worden. Und das Ende vom Liede war eine Erschöpfung der Kräfte, oft ein müßiges Verzagen, ein Verzweifeln an der eigenen Kraft. Für die Politik des Radikalismus war aber ein solcher Ausgang — objektiv nicht menschlich — erwünscht, weil damit der Beweis erbracht war, wie richtig die Theorie sei, daß mit den verbrauchten Mitteln des gegenwärtigen Gewerkschaftskampfes dem Unternehmertum nicht mehr beizukommen ist."

Und da verlangen die Vertreter jener Gewerkschaftsrichtung, die selber auf selber gehaut, die aus politischen Motiven dann unzeitgemäß unüberlegt Streikbewegungen hervorzurufen, daß die Arbeiterkraft ihnen blindlings folge! Sie haben den Mut, die Zwangslokalität auch für solche, im vornherein verurteilten Streiks zu verlangen! Davon kann keine Rede sein. Die persönliche Freiheit ist ein viel zu hohes Gut, als daß es, unbedenken der sozialdemokratischen Agitation, zum Opfer gebracht werden könnte. Wollen die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Einigkeit der Arbeiterkraft fördern, ihre Solidität heftigen helfen, dann müssen sie sich andere Manieren und Agitationsmethoden angewöhnen, kurz sich dem Druce der sozialdemokratischen Partei entziehen. Die Kollegialität und die Solidarität der Arbeiterkraft würde dadurch in hohem Maße gefördert. Die Anerkennung der Gleichberechtigung der übrigen Gewerkschaftsorganisationen, ein friedlich-schlichtliches Zusammenarbeiten aller würde für die Arbeiterkraft von weit höherem Werte sein, als die verlangte Zwangslokalität. So lange die sozialdemokratischen Gewerkschaften von dem Wahne befangen sind, sie könnten allein alles machen und die Welt erobern, wird eine Verberung ihrer prinzipiellen und tatsächlichen Haltung nicht möglich sein. Die christlichen Gewerkschaften werden sich aber auch fernerhin des sozialdemokratischen Koalitionszwanges zu erwehren wissen, dabei weiterarbeiten und in vernünftiger Weise auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit die Interessen der Arbeiterkraft wie bisher mit Nachdruck vertreten. S. P.

Der Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland

Das in diesem Jahre insgesamt besonderten Maße in die Erscheinung tretende Verarbeiten der Arbeitgeber, durch Gründung einzelner Arbeitsnachweise diese völlig in ihre Hand zu bekommen, um sie so als Kampfmittel gegen die Arbeitnehmer auszunutzen, hat seinen Höhepunkt gefunden in dem vor kurzem veröffentlichten Bericht des Reichsausschusses im Innere, den Arbeitsnachweis vollständig in seinem Schilde zu monopolisieren. Diese einseitigen Unternehmernachweise müssen sich auf die Dauer zu einer großen sozialen Gefahr auswachen, indem sie nicht nur die Freiheit des Koalitionsvertrags beschränken, sondern auch den Arbeiter hinsichtlich seiner Beschäftigung völlig der Willkür des Arbeitsnachweises ausliefern, und was die schwarzen Listenverlegen, die Rolle dieser übernehmen. So sehr auch immerhin die von den Gemeinden eingerichteten bzw. unterstützten Arbeitsnachweisanstalten ein Gegengewicht gegen die einseitigen Arbeitsnachweise der Interessensorganisationen bilden mögen, so können sie doch nicht in wünschenswerter Weise gegen die Arbeitsnachweise der mit großen Mitteln ausgestatteten Verbände aufkommen. Unter diesen Gesichtspunkt erheben jetzt sozialpolitisch erfahrene und sachverständige Kreise die Forderung, daß der Staat durch die Aufstellung allgemein verbindlicher Normen für die Errichtung und Handhabung der Arbeitsvermittlungsgesetze und -stellen einwirkend eingreife. In diesem Sinne verlangt z. B. in der "Sozialen Praxis" (Nr. 5) f. J. von der Beigeordnete der Stadt Stragburg i. Gl., Regierungsrat Dominikus, ein Reichsgesetz für den Arbeitsnachweis. Durch dasselbe sollte ein Zwang zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise in allen größeren Gemeinden ausgesprochen und damit die allmähliche Abschaffung sowohl der gewerkschaftlichen als der Interessentenarbeitsnachweise verbunden werden.

Zur Unterstützung seines Vorschlags verweist Dominikus darauf, daß Deutschland in letzter Zeit auf dem Gebiete der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises kaum etwas vorwärts gekommen sei, dagegen habe das Ausland sich in auffallendem Maße die Prinzipien, die eben für die Organisation und Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland in gemeinsamer Arbeit von Theorie und Praxis in den letzten 15 Jahren angearbeitet worden seien, zunutze gemacht. Unter den angeführten Staaten: Schweiz, Ungarn, Frankreich hat Dominikus vormaliges England hervor. Hier hat der englische Handelsminister Winston Churchill am 19. Mai 1909 ein Gesetz über Arbeitsnachweis angeordnet, das inzwischen bereits einstimmig von beiden Häusern des Parlaments genehmigt und publiziert worden ist. Durch dieses Gesetz wird der Arbeitsnachweis als rein staatliche Organisation für ganz Großbritannien mit einem Erlöse getroffen. Es sollen über 200 staatliche Arbeitsnachweisanstalten eröffnet werden. Zu dem Zweck ist ein Kredit von 2-3 Millionen M für die nächsten Jahre bewilligt. Charakteristisch ist die Begründung, die der Handelsminister Churchill diesem Gesetzentwurf gegeben hat. Er weist darin hin auf die Entwicklung, die die deutschen öffentlichen Arbeitsnachweise genommen haben und stellt sie als Muster hin, aber gleichzeitig erklärte er mit berechtigtem Stolz, daß sein System der einheitlichen staatlichen Organisation des Arbeitsnachweises das deutsche Vorbild überlegen ist. In diesem Sinne ist denn auch die englische Regierung bereits mit

Eifer an die Ausführung dieses Gesetzes herangegangen. Demgegenüber bezeichnet es Dominikus als betrübend, daß wir Deutschen es bisher noch nicht fertig gebracht hätten, aus der Masse der auf gesunder Grundlage geschaffenen öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland ein einheitliches nationales System der Arbeitsvermittlung zu vollenden. Eine derartige Entwicklung müsse wirklich als sehr bedauerlich erscheinen, zumal nach seiner Überzeugung es für das Deutsche Reich, in dessen Gebiet eine solche Masse von Vorarbeiten in der Organisation von Arbeitsnachweisen geleistet worden sei, ein Verzicht sein würde, durch Reichsgesetz eine einheitliche Organisation von öffentlichen Arbeitsnachweisen zu schaffen. Dabei möge man sich ruhig zunächst darauf beschränken, die vorhandenen öffentlichen Arbeitsnachweise unter Hinzufügung von verhältnismäßig wenigen neu zu gründenden einheitlich zusammenzufassen und die gewerkschaftlichen Stellenvermittlung allmählich zu beseitigen. Die Mittel für eine solche weitgehende Organisation würden sich auf das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden verteilen und auf diese Weise das Reich lange nicht so belasten, wie das in England der Fall sei, das nach seinem System zunächst einmal von der Heranziehung der Gemeinden zu den Kosten der Arbeitsvermittlung völlig abstehe.

Sollte jedoch das Reich sich zu dem Erlaß eines solchen Gesetzes in absehbarer Zeit nicht entschließen können, so wäre es nach Dominikus an der Zeit, daß die großen norddeutschen Bundesstaaten sich nach dem Muster der süd-deutschen Staaten energisch der Sache der öffentlichen Arbeitsnachweise annähmen. In Preußen würde es zu diesem Zwecke vielleicht gar keines Gesetzes bedürfen, sondern es würde genügen, wie das in den süddeutschen Staaten geschehen, daß der Staat Preußen in einem Budget eine Summe von vielleicht 400.000 M. einsetze würde, mit der Bestimmungen, sie als Subventionen an die öffentlichen Arbeitsnachweise nach einheitlichen Gesichtspunkten, speziell für den interlokalen Verkehr, zu verrichten. Wenn man verfolge, wie in den letzten zehn Jahren das preussische Handelsministerium durch diese Politik der staatlichen Subventionen nach einheitlichen Gesichtspunkten es verstanden habe, die früher so vollständig danebenliegenden Fortbildungsschulen auch ohne Landesgesetz zu einer erstaunlichen Entwicklung zu bringen, so verfolge man nicht, warum daselbe Ministerium nicht auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises dieselbe Politik eingeschlagen habe.

Vielleicht findet sich während der parlamentarischen Verhandlungen im Reichstag bezw. im Preussischen Landtag im Laufe des Winters Gelegenheit, die Meinungen der Regierungskreise über die Frage einer Regelung des Arbeitsnachweises in den oben angedeuteten Sinne zu erfahren. Jedenfalls handelt es sich hier um eine Angelegenheit, der auf die Dauer die Regierungskreise in Hinblick auf die nur zu leicht eintretenden schweren Nachteile für den sozialen Frieden nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen.

Die Unfall-Erntschädigungen der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft im Jahre 1908.

Die im Jahre 1908 passierten Unfälle und deren Folgen im Bereiche der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft sind in Nummer 35 der „Textilarbeiter-Zeitung“ angeführt.

Die Zahl der Betriebsunfälle betrug 2135, darunter waren 430 entschädigungspflichtige, während

im Vorjahre 2524 Unfälle zur Anmeldung kamen, wovon 416 zu entschädigen waren. Die Gesamtzahl der Unfälle hat sich gegenüber 1907 um 274 vermehrt, dagegen die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle um 14 vermehrt. Unfälle mit tödlichem Ausgange waren im Berichtsjahre 8 zu verzeichnen, gegen 12 im Jahre vorher.

Die Gesamtzahl der im Jahre 1908 entschädigungsberechtigten Personen und die dafür geleisteten Beträge ergibt sich aus folgender Tabelle:

Sektionen	Personen	Beträge	Rente		Kosten	
			Monat	Jahr	Monat	Jahr
Kinder	2919,22	9 998,61	89	2 919,22	2 919,22	89
			288	2 919,22	2 919,22	288
Witwen	4 221,28	7 084,61	19	4 221,28	4 221,28	19
			41	7 084,61	7 084,61	41
Waisen	3 289,68	5 462,84	28	3 289,68	3 289,68	28
			26	3 289,68	3 289,68	26
Witwen	3 068,33	5 120,44	19	3 068,33	3 068,33	19
			24	3 068,33	3 068,33	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	14	4 238,66	4 238,66	14
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 787,09	8 438,71	14	4 787,09	4 787,09	14
			24	4 787,09	4 787,09	24
Waisen	1 164 910,80	1 838 711,02	16	1 164 910,80	1 164 910,80	16
			24	1 164 910,80	1 164 910,80	24
Witwen	241	360	16	241	241	16
			24	241	241	24
Waisen	560	878	16	560	560	16
			24	560	560	24
Witwen	770	1 236,45	16	770	770	16
			24	770	770	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Witwen	4 238,66	6 872,22	16	4 238,66	4 238,66	16
			24	4 238,66	4 238,66	24
Waisen						

Arbeiterinnen,orgt für eine gründliche Aufklärungsarbeit unter euren Arbeitsschwestern! Kolleginnen, meldet euch bei den Vorständen zur Agitation!

von unberührt. Die Rheinisch-Westfälische Textilberufsgenossenschaft leistete an Abfindungen:

Ort	Abfindungen an Besetzte		Abfindungen der Arbeiter im Falle der Betriebsveränderung	
	Inländer	Ausländer	Inländer	Ausländer
Düsseldorf	850,-	180,-	1	627,12
W. Gladbach	9 200,-	-	1	-
Eschweiler	660,-	-	1	937,29
Barmer	3 000,-	-	1	466,65
Essex	972,-	-	1	500,40
Wachen	1 280,-	-	1	-
Banner	3 813,-	2 613,60	2	-
Zusammen	150 198,50	2 793,60	4	2 631,45

Eine Gesamtverpflichtung erwuchs der Genossenschaft aus den Unfällen abzüglich Verwaltungskosten von 711 713,07 Mark.

In der Bescheidung der Renten wegen Vererbung der Verhältnisse leistete auch die Rheinisch-Westfälische Textilberufsgenossenschaft ganz Entschuldigtes. Wir wollen bei dieser Gelegenheit das so oft gelungene Vied von dem „Rentenverfahren“ nicht singen. Notwendig ist es, daß den Arbeitern ein größerer Einfluß auf die Rentenfestsetzung eingeräumt wird. Die Vorlage für eine Reichsversicherungsordnung sieht nach dieser Richtung Wege vor, die jedoch bedeutend erweitert werden müssen. Das Kapitel der Vertrauensärzte schließt sich hier mit ein. Eine ursprünglich festgesetzte Rentensumme von 42 082 Mk. wurde durch das „Durchschnittsverfahren“ auf 25 460 Mk. reduziert, eine Erhöhung der Rentensumme wegen Erlangung größerer Erwerbsfähigkeit fand hingegen nur um 1161 Mk. statt, die noch durch Gerichtsentscheidung erzwingen werden mußte.

Interessant ist eine Uebersicht über die Zahl und die Resultate der Berufungen und Rekurse. Es kamen im Jahre 1908 aus dem Bereiche der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft 355 Anträge und Berufungen an den Schiedsgerichten zur Verhandlung. Davon fielen die Genossenschaft 94 und die Versicherten 261. Von den Anträgen der Genossenschaft um Kürzung bezw. Abzug der Renten wurden 81 angenommen, 9 abgewiesen, während 4 am Ende des Berichtsjahres noch nicht erledigt waren. Von den Berufungen der Versicherten dagegen wurden 189 oder 75 Prozent abgelehnt, 55 oder 20 Prozent angenommen, unerledigt 10, zurückgewiesen 7. Von den beim Reichsversicherungsamt eingereichten 81 Recursen kamen 9 von der Genossenschaft und 72 von den Versicherten. Die Genossenschaft erhielt nur 2 Entscheidungen zu ihren Ungunsten, die Versicherten dagegen 38, nur 8 wurden angenommen und 26 blieben unerledigt.

Die Versicherten sind also gegenüber der Genossenschaft in Bezug auf Gewinnmöglichkeit ganz erheblich im Nachteil. Das kann nicht allein mit der Tatsache erklärt werden, daß die Versicherten schon an sich unsichere Anträge stellen. Das ganze Schiedsgerichtsverfahren, die Tüchtigkeit der Richter und nicht zuletzt die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften spielen in dieser Hinsicht eine wesentliche Rolle. Leider sind die Arbeiterbeweiger in vielen Fällen ihres Amtes nicht gewachsen. Die Schiedsgerichtsvorsitzenden geben sich vielfach Mühe, möglichst viel Fälle und möglichst ungunsten des Versicherten zu entscheiden. Das Urteil des Vertrauensärztes findet leicht Glauben, hinter den Klagen des Versicherten wird häufige Simulation gesucht. Die Arbeiterbeweiger machen mitunter den Mund nicht auf, um die Interessen ihrer Massen Genossen zu vertreten. So kommt manches Urteil zustande, das in den Kreisen der Arbeiter die Erregung und Abneigung gegen die Schiedsgerichte und die Berufsgenossenschaften veranlaßt. Sorgen wir durch gründliche Gewerkschaftsarbeit dafür, daß wir überall tüchtige Beweiger bekommen, daß der Arbeiter mehr geachtet und mehr geguldet wird und namentlich in der Reichsversicherungsordnung eine Regelung des Rentenfestsetzungsverfahrens vorgesehen wird, die auch den berechtigten Wünschen der Versicherten entspricht.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Dülmen.

Der Streik der Bandweber bei der Firma D. Bierling ist beendet; er ist zu Ungunsten der Arbeiter entschieden. Am Streik beteiligt waren 17 Personen, davon waren 13 in unserem Verbandsgebiet. Es handelte sich um einen Abwechsellampf, da die Firma, oder vielmehr der Direktor Quasten, auf einzelne Artikel der Lohn von 2-8% kürzte. Wenn der Streik verloren ging, so lag solches nicht an den Organisations, auch nicht an den Streikenden, welche bis zum letzten Augenblick fest zusammen standen, sondern die Schuld lag an den vielen Arbeitswilligen. Hierauf kam ein Arbeiter Dönges, von dem die Arbeiter annehmen, daß er mit streiten würde. Diese Annahme war falsch, Dönges, der organisiert war, trat aus der Organisation aus und blieb an der Arbeit. Dazu kamen noch einige Weitzer, deren Aufgabe es war, neben der Fertigerstellung von Band eine Anzahl neuangehender Jugendlichen, also Lehrlinge, anzunehmen. Dann kam ein Nachtarbeiter, der ebenfalls organisiert war und früher seiner schwachen Augen wegen vom Weben abgegangen war. Ferner kamen in der Woche, als der Streik eintrug von den Arbeitern aufgehoben wurde, noch einige Arbeitswillige aus der Gegend von Dülmen. „Dan“ dieser Leute, die der Nacht waren, es mit ihrer Klassenloyalität berechneten zu können, die bestreikten Stühle zu bedienen, gelang es Herrn Quasten, zu sagen: „Ob es ihm sehr wohl bei dem Streik ist? Wohl weiß man, daß es mit dem Weben nicht so recht „fluppt“.“ Dieser Streik hat gezeigt, daß viele Arbeiter noch gar keine Ahnung haben von Klassenloyalität und Gewerkschaft. Hier gilt es, den Hebel anzufassen, die unorganisierten Arbeiter auf die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen hinzuweisen und ihnen die verkehrte Handlungsweise der Arbeitswilligen vor Augen zu führen. Ist das „Linterland“ für diese Bestrebungen gewonnen und machen die Arbeiter einmütig Front gegen verkehrte Arbeitsverhältnisse, dann wird Herr Quast ein leichtes Mal nicht mehr „fluppen“. Nicht immer eigenen die Arbeiter die „Linterland“ zu veranlassen, sondern der „Linterland“ ist erzwungen worden durch die Unwissenheit und Unzufriedenheit der Arbeiter.

Deshalb rufen wir nochmals den organisierten Verbandskollegen zu: Auf zur Agitation für unseren Verband, die Unorganisierten müssen für uns gewonnen und für unsere Ideen begeistert werden, es muß heißen: Einer für Alle und Alle für Einen.

Forst (i. Lausitz).

Wie sich die Leitung der Filiale Forst des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen denkt. Seit Anfang Oktober besand sich ein Teil der Arbeiterschaft der Esch-Adelung Wollenfabriken in einer Lohnbewegung. Es handelte sich um eine Lohnaufbesserung für einen Weibenthi (Mitteltuch), der beim Arbeitsprozeß die größte Aufmerksamkeit und diesen Aufwand an Arbeitskraft von dem Weber verlangt. Die Leitung der hiesigen Filiale des „deutschen“ Verbandes suchte diese Gelegenheit zu benutzen, ihre „Tüchtigkeit“ in Arbeiterinteressenvertretung zu zeigen. Bereits am 4. Oktober fand eine Fabrikbesprechung statt, in der 57 sozialdemokratisch organisierte Textilarbeiter feststellten wurden. Der „freie“ Lokalbeamte Hoppe übernahm die Vertretung der Arbeiter. Der Unternehmer sagte eine Lohnerhöhung von 1 1/2 auf 12 Bfg. pro 1000 Stück zu. Damit waren die Arbeiter nun durchaus nicht zufrieden. Man kann aber das geringe Entgegenkommen seitens des Unternehmers begreifen, wenn man hört, daß der Arbeitervertreter Hoppe dem Direktor Oberle gegenüber sagte, der betreffende Artikel sei nicht der am schlechtesten gehende im Weibenthi, Fabrikarbeiter kämen bei allen Geweben vor!!!

Warum sollte die Firma angesichts solchen Entgegenkommens seitens des „deutschen“ Beamten noch weitere Zugeständnisse machen?

In mehreren Versammlungen suchte man den „ziemlich anmaßenden“ Arbeitern das geringe Zugeständnis beliebt zu machen. Aber nein, es ging nicht. In einer Besprechung am 2. November wurde eine Abstimmung darüber herbeigeführt, ob die Arbeiter und Weibern den eingangs erwähnten Mitteltuchartikels mit ihrem gegenwärtigen Lohn zufrieden seien, oder gewillt wären, in einen Ausstand zu treten. 89% der Anwesenden stimmten für Arbeitsniederlegung. Noch schallendere Ohrfeigen konnten dem sozialdemokratischen Verband und seinem Forster selbst kaum versetzt werden. Im Interesse eines guten Beschlusses machten der Vertreter unseres Verbandes und der des H.-D. Gewerksvereins dem sozialdemokratischen Beamten den Vorschlag, am folgenden Tage (3. November) gemeinsam vorstellig zu werden. Aber dazu war derselbe nicht zu bewegen. Er wollte es machen. So wurden am folgenden Tage die Vertreter der beiden nationalen Verbände alle in vorstellig. Und zwar mit bestem Erfolge. Der Arbeitgeber kam weiter entgegen. Als diese beiden Vertreter mit der Firma über Lohnerhöhung und sonstige Verbesserungen längt einig waren, erschienen auch die Beamten des sozialdemokratischen Verbandes, Hoppe und Hoppe. In dem hatten die beiden Herren nichts mehr. Der Vertreter der Firma nahm in dem weiteren Gespräch wiederholt Gelegenheit, den Herren Hoppe und Hoppe zu sagen, daß insofern schon Klarheit bestände, als nach der Verhandlung mit den Vertretern der nationalen Verbände der Lohn für den fraglichen Artikel auf 13 Bfg. pro 1000 Stück erhöht und andere Verbesserungen getroffen seien. Eine Einwirkung auf den Gang dieser Dinge hatten somit die roten Verbandsbeamten nicht.

Selbst ein Vereinfacht geistlich den Genossen nicht. Ein Mittel mußte erdacht werden, um aus dem roten Kleinfall einen roten Sieg zu machen. Alle Arbeiter waren der Ansicht, der „deutsche“ Verband würde zu einer Versammlung auf den Abend einladen, um über die „Taten“ seiner Führer Bericht zu geben und die Situation zu besprechen. Das kam aber anders. Man brachte nur die Genossen des Betriebes, so weit wie möglich und den ganzen Generalstab des sozialdemokratischen Verbandes zu einer Versammlung zusammen. Die Tagesordnung lautete: Berichtserstattung über die Verhandlungen mit der Firma von Hermann Hoppe, zweites Diskussion. Nachdem der Versammlungsleiter Paul Vater, der zugleich Vorsitzender der Filiale Forst des „roten“ Verbandes ist, in seiner Eröffnungsrede alles hergeleitet hatte, was er jedenfalls in „roten Bildungsausschuß“ über den Verkehr von Menschen untereinander gelernt hat, berichtete Herr Hoppe in echter Demagogikart. Alles, was erreicht war, sei dem sozialdemokratischen Verbande zuzuschreiben. Die Vertreter des christlich-nationalen Verbandes und des Gewerksvereins seien am Vormittag bei der Verhandlung zwar früher als er (als Hoppe, D. B.) und auch später noch mit dem Vertreter der Firma zusammengekommen, was aber dabei verhandelt wurde, dürfe schließlich niemand wissen. — Wie erbärmlich! Der Versammlungsleiter hatte sich mit Hoppe die „Arbeit“ geteilt. Abweichend schimpften beide auf den christlich-nationalen Verband und auf den Gewerksverein (H.-D.). Die Vertreter letztgenannter Verbände meldeten sich mehrere Male zum Wort, ohne es zu erhalten. Da wurde erneut von Hoppe auf die Christlich-Nationalen gewettert; diese hätten im Reichstag die Arbeiterinteressen nicht vertreten usw. Daß Herr Hoppe in diesen Dingen kaum A.-U.-C.-Schönen-Reinigungs besitzt, wurde dadurch bestätigt, daß man unsern Kollegen folgt zu einer Erwiderung das Wort nicht gab. Ein christlicher Arbeiter wünschte das Wort zur Geschäftsordnung. Es löst ihn kräftig vom Vorstand entgegen: „Bei uns gibt's keine Geschäftsordnung!!!“ Nun noch einen Kübel Schmutz auf den christlichen Verband und die Versammlung war geschlossen. Freiheit, die sie meinen! Nicht einmal die eigenen Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes wurden gehört oder gefragt, ob sie zu den neuen Bedingungen die Arbeit fortsetzen wollten. Von alledem nichts; keine Abstimmung, kein Beschluß über Aufnahme der Arbeit! Nur schimpfen, wettern und hegen auf den christlichen Verband. Und melden sich dessen Vertreter zum Worte, dann sind dieselben Genossen feige bis auf die Knochen.

Der sozialdemokratische Parteipropagandist Kautsky hat den Grundfalsch aufgestellt: Die Wahrheit ist nur dem Genossen gegenüber. Der rote Verbandsbeamte Hoppe geht noch weiter und berichtigt seinen eigenen Genossen von den Taten, die er — gar nicht vollbracht hat.

Krefeld.

Das Ende der Färbereibewegung — Abschluß eines Tarifvertrages. Die am 9. November in der Handelskammer stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen führten nicht zu einem endgültigen Ergebnis. Als Hauptdifferenzpunkte blieben bestehen: die höchste Lohnstufe für ausgelehrte Gesellen von 21 Jahren anstatt auf 23,50 Mk. auf 24,— Mk. zu setzen und für die Couleurfärberei anstatt eines Zuschlagsystems, wonach eine Mark Mehrerlösbienst garantiert wurde, eine dementsprechende feste Lohnerhöhung zu bewilligen, einschließlich auch für Baumwoll-Couleurfärberei. Außerdem waren noch einige andere Differenzpunkte zu verzeichnen wie: Nichtbezahlung des Allerheiligentages, Regelung der Überstundenlöhne, Abschaffung des Wehebarrensystems bezw. Vergütung für Bedienung von zwei Weizen. Die Tarifdauer wurde von dem Ergebnis der Verhandlungen abhängig gemacht.

Inzwischen haben nun die Arbeiter zu der Sache Stellung genommen. Eine Ausschussung unserer Verbandes stellte nochmals zu den unerledigten Punkten Forderungen auf, die dem Verband der rheinischen Färbereien übermittelt wurden, das Gleiche tat auch eine Ausschussung des sozialdemokratischen Verbandes. Der Arbeitgeberverband beschloß dann in seiner Generalversammlung am 11. Nov. folgendes: Es erhalten

1. Ausgcl. Gesellen bis 19 J. 1/2 M. mehr w. bis 5 — 18,50 M.
- „ „ „ 21 „ 1/2 „ „ „ = 21,—
- „ „ „ 24 „ 1 „ „ „ = 23,50
- „ „ „ ab 24 „ 1 1/2 „ „ = 24,—

2. Bei den selbständigen Couleurfärbereien werden die jetzt bestehenden Löhne um eine Mark fest erhöht. Bezüglich des Zuschlagssystems behält sich der Verband weiteres vor.

3. Folgende Feiertage werden bezahlt, wenn sie nicht auf einen Sonntag fallen: Neujahr, Ostermontag, Christihimmelfahrt, Pfingstmontag, Fuß- und Betttag und die beiden Weihnachtsfeste. Diese Zugeständnisse werden unter der Bedingung gemacht, daß der Tarif auf drei Jahre festgelegt wird und daß alle übrigen Forderungen, mit Ausnahme der bereits gemachten Zugeständnisse, fallen gelassen werden. Letztere bestehen in folgenden Punkten:

1. Für Lehrlinge im dritten Jahre eine M. mehr pro Woche = 13 M.
2. Für Mädchen über 19 Jahre eine M. mehr pro Woche = 15 M.
3. Für Nachtarbeiter zwei M. mehr auf den Tariflohn pro Woche.
4. Die Lohnrückstellungen treten anstatt 1. Januar 1910 schon am 4. Dezember 1909 in Kraft.
5. Die Auszahlung der Löhne findet Freitag während der Arbeitszeit statt.

Die Gesamt-Lohnrückstellungen betragen nach einer Berechnung der Fabrikanten circa 120 000 Mark. Zu diesem Vorschlage nahmen die christliche und sozialdemokratische Organisation in ihren Färbereiversammlungen Stellung. In beiden Versammlungen wurde beschlossen, auf Grund der erfolgten Zugeständnisse einen Tarifvertrag mit dem Verband der rheinischen Färbereien abzuschließen.

In diesem Zwecke findet am Dienstag, den 16. November, eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (einschließlich der Lohnkommissionen des christlichen und sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes) statt, wo der Tarifabschluß erfolgen wird. Es sei noch betont, daß unser Verband bezw. deren Vertretung in entscheidender Weise während der Bewegung für die Interessen der Färbereiarbeiter eingetretet ist und an dem Erfolge der Bewegung in jeder Hinsicht tatkräftig mitgearbeitet hat. Wir erwarten deshalb von unsern Kollegen, daß sie nun auch an dem weiteren Ausbau unseres christlichen Textilarbeiterverbandes in treuhilflicher Weise mitarbeiten werden. Den Unorganisierten rufen wir zu: Hinein in den christlichen Verband, wenn ihr eure Interessen wahren wollt.

Lautenbach-Steil.

Unsere erste Weidung, daß die Arbeit bei der Firma Godefroy und Esfasser im vollen Umfang aufgenommen worden sei, trifft nur auf das Hauptgeschäft zu. Im kleinen Betrieb ruht die Arbeit noch fast völlig. Diese Arbeiter wurden während des Streiks entlassen. Sie weigern sich nun, die Arbeit auf vier Stühlen aufzunehmen. Der Kampf dauert also im kleinen weiter. Hingegen haben auch die ausgesperrten Arbeiter der Spinnerei die Arbeit mit den Webern im Hauptgeschäft aufgenommen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Cuxen. Die Auszahlung der überhöflichen Gelder vom Kohlenbezug erfolgt Sonntag, den 21. Nov., morgens von 10—12 Uhr, Montag, den 22. und Dienstag, den 23. Nov., abends von 8 1/2 bis 10 Uhr im Verbandslokale Bergstraße 109.

Mülhausen i. E. Zur Beachtung für unsere Mitglieder. Der Gemeinderat der Stadt Mülhausen hat in seiner Sitzung vom 10. November die Einführung der städtischen Arbeitslosenunterstützung endg. beschlossen. Mit dem 1. Dezember tritt dieselbe bereits in Kraft. Demnach erhalten jene unverschuldet arbeitslos werdenden Arbeiter oder Arbeiterinnen, die einer Organisation angehören, welche ihnen statutenmäßig eine Arbeitslosenunterstützung gewährt, ebenfalls von der Stadt einen Zuschuß zu dieser Unterstützung. Die Höhe dieses Zuschusses beträgt 70% des von der inbetracht kommenden Organisation gewährleisteten Unterstützungsbetrages. Für Arbeiter mit unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen werden 80% dieses Betrages in Anrechnung gebracht. Erhält z. B. ein Arbeiter von seiner Berufsorganisation wöchentlich 6 Mk. Arbeitslosenunterstützung, so beträgt der städtische Zuschuß 4,20 Mk., oder falls dieser Arbeiter unterstützungsbedürftige Familienangehörige hat 4,80 Mk. pro Woche. Insgesamt würde somit dieser Arbeiter eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 10,20 Mk. bezw. 10,80 Mk. beziehen.

Wie nun bei den meisten gewerkschaftlichen Berufsorganisationen die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung erst vom Tage der ersten Anmeldung

ab unter Anrechnung der vorgekehrten Ratenzahl in Kraft tritt, so ist für den Bezug der städtischen Arbeitslosenunterstützung dieser Anmeldezeit ebenfalls maßgebend. Es ist daher für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von größtem Interesse, daß sie eine evtl. eintretende unverschuldet Arbeitslosigkeit sofort am ersten Tage bei dem Vorstand ihrer Organisation und dem städtischen Arbeitsamt zur Anmeldung bringen.

Stieghorst. In unserer letzten Versammlung sprach Kollege Camps in längerem interessanten Ausführungen über die Reichsversicherungsordnung. Er führte an der Hand von Zahlen den Nutzen der Alters- und Invalidenversicherung vor Augen. Nachdem Redner auch die Mängel kritisiert hatte, welche dem Gesetz noch anhaften, forderte derselbe das Kranken- und Unfallversicherungswesen, führte einige drastische Fälle aus dem Kapitel „Betriebsunfälle“ an und schloß mit dem Wunsch, daß man in den Gewerkschaftsversammlungen mehr Referate halten möchte über die soziale Gesetzgebung. Nach einer kurzen Diskussion erhielt nunmehr Kollege Starck-Vielefeld das Wort. Redner sprach kurz über die Aufgaben der Gewerbegerichte und forderte die Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf, bei der am 16. Dezember zu tätigen Gewerbegerichtswahl Mann für Mann an die Urne zu treten und ihre Stimme den christlichen Kandidaten zu geben. Redner besprach ferner die bevorstehenden Reichswahlen zur unteren Verwaltungsebene und forderte zu reger Agitation auf. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, in absehbarer Zeit einen Familienabend zu veranstalten. Außerdem sollen Bücher über die soziale Gesetzgebung beschafft werden. Alles in allem: Ein lehrreicher Abend und es wäre zu wünschen gewesen, daß nicht nur ein Teil der Mitglieder, sondern alle anwesend gewesen wären.

Ullersdorf. Aus einem schließlichen Fabrikbetrieb. Ullersdorf, ein Ort mit 2000 Einwohnern. Er liegt umgeben von schönen Bergen mit herrlichen Wäldern. Schön die Natur, arm die Lebensverhältnisse der Arbeiter. Gehen wir in die Flachgarmspinnerei der Firma Hugo van Ubbel. Es sind hier 500 Personen beschäftigt. Zunächst sehen wir uns mal in der neuen Fabrik um. Im Erdgeschosse die Vorspinners.

Hier sehen wir meistens verheiratete Frauen an der Arbeit. Trotz ein und derselben Arbeitszeit und Arbeitsleistung sind Unregelmäßigkeiten in der Entlohnung keine Seltenheit. Und als in einer Sitzung des Arbeiterausschusses sich ein Mitglied beschwerte, da erhielt es vom Betriebsleiter zur Antwort, solche Sachen ständen nicht auf der Tagesordnung und hätten in Zukunft zu unterbleiben. In dem ersten und zweiten Stockwerk schlägt ein ein weiterer, wilderer, mit viel getränkter Sauch entgegen. Hier ist die Feinspinnerei. Auch hier sind nur junge Frauen und Mädchen beschäftigt. Wie oft entfliehet den roten Lippen ein Fluch, wenn die Fäden nicht halten. Die Behandlung seitens der Vorgestellten könnte besser sein. Soeben wir noch höher, gelangen wir in die Hauptsäle. Wieder nur Arbeiterinnen. Dies wurde vor einiger Zeit für den geringsten Teil der Bare Strofen von einer Mark angebrocht. — Unser Weg führt uns jetzt in die alte Fabrik und zwar in die Nachspannerei. Eine kleine Veränderung erfährt hier das Bild. Hier sind nur männliche Arbeiter beschäftigt. Wie im ganzen Betriebe, so ist auch hier Altersarbeit. Kontrolle über ihr Verdienst können die Arbeiter aber nicht führen. Von da gelangen wir in den Sockel- und Spinnereifloß. Diese beiden Arbeiterkategorien wußten schon vor einigen Jahren eine genaue Vencalation. Jetzt endlich soll ihr Wunsch in Erfüllung gehen. In der Spinnerei müssen die Arbeiter vielfach dumpfig gewordenen Flach verarbeiten. Das war sonst nicht der Fall. Jetzt spart man die Arbeitskräfte im Wollspinnereibetrieb auf die Hand. Dafür reiben sich diese Arbeiter auf. — In dem Trockenloft stehen die Arbeiter in der größten Hitze, mit Hemd und Hose bedeckt, an der Arbeit. Sie können von sich sagen: Im Schwitze meines Angesichts sollt da dem Brot essen. In der Corderie, Weisvorspinnerei und Schwingererei ist es wieder ziemlich staubig. In der Corderie ist das Warten auf Kanuen, wofür man nicht erhält, an der Tagesordnung. Trotz der niedrigen Arbeitslöhne wird im ganzen Betriebe das Augen der Mädchen (mit Ausnahme der Mädchenheide) nicht bezahlt. Die Lohnverhältnisse sind in dem ganzen Betriebe ziemlich schlecht. Nach einer im Laufe dieses Jahres unter unsern Mitgliedern vorgenommenen Statistik betrug der Durchschnittslohn 11,11 Mk. pro Woche. Der der männlichen 13,63 und der weiblichen 9,18 Mk. Der Stundenlohn der männlichen betrug 21,8 Pfennig, der weiblichen 15,4 Bfg. Diese Löhne entsprechen absolut nicht den Lebensverhältnissen. Hier sieht man für das Bünd Schweinefleisch 80 Bfg., Rindfleisch 60 Bfg., Butter 1,30 Mk. Das Pfund Brot kostet 14 Bfg., der Rentner Kartoffeln 2 bis 2,50 Mk. Die Kartoffeln sind am billigsten und werden auch am meisten verkonsumiert. Dagegen sind Fleischpreise „maritimen“.

Ein fester Begleiter von schlechten Lohnverhältnissen sind auch schlechte Wohnverhältnisse. Wie in Schlefien gewöhnlich, so ist auch hier die Einzimmer-Wohnung vorherrschend. In diesem einen Räume sind zusammengequillt: Mann, Frau und drei bis vier Kinder. Manchmal noch die Mutter der Frau und Schwester. Diese eine Stube dient hier für mehrere Familien als Wohnung. Da wird geschlafen, gegessen und geschlafen. — Wärdien die Textilarbeiter erkennen, wie absolut notwendig sie dem christlichen Textilarbeiterverband haben:

„Der Reichheit größte Baubetracht liegt im vereinten Streben.“

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Eine „Antwort“! Genosse Weinborn drückt sich! Auf die Aufforderung, die gegen die Bezirksleitung des christl. Textilarbeiterverbandes ausgesprochene unwahre Behauptung zurückzunehmen, erwidert er: Ich erkläre hiermit, daß ich dem Herrn Franz Fischer solange keine Antwort geben werde, welches in der Presse noch in den Versammlungen, solange derselbe den angelegenen Ton beibehält, den es schon gegen meinen Vorgänger im Amt angewandt hat. Solange gibts also zwischen uns beiden keine Diskussion, weder in der Presse noch in den Versammlungen. Aus demselben Grund soll auch der Herr Parzen von Vinthal keine Antwort erhalten, und neuerdings der Herr Bürgermeister und der Herr Pixner vom Bühl keine solche zu erwarten haben. Herr Weinborn meint, er sei schon seinem Alter (sic!) schuldig, sich auf einen solchen Ton nicht einzulassen. Hums! Fertigt! Genosse Weinborn als Hüter des guten Tones! Selten lachten wir so, wie beim Lesen dieser Erklärung. Selbst seine eigenen Parteigenossen werden sich wohl über diese beunruhigt haben.

Wahrscheinlich, der kleine blonde Mann mit der bekannten Gesichtszüge...

Doch Spatz beifolgt Genosse Weinjorn hat wirklich Wünsche sich über den Text zu beklagen...

Die Erblichkeitssteuer wurde abgelehnt! Warum? — Ja, warum? Weil sonst die Zentrumsprinzen...

„Da die Erblichkeitssteuer wurde abgelehnt! Warum? — Ja, warum? Weil sonst die Zentrumsprinzen...

„Da die Erblichkeitssteuer wurde abgelehnt! Warum? — Ja, warum? Weil sonst die Zentrumsprinzen...

„Da die Erblichkeitssteuer wurde abgelehnt! Warum? — Ja, warum? Weil sonst die Zentrumsprinzen...

Aus gegnerischen Organisationen.

Schlagfertige Sozialdemokraten. In Gmünd fand am 31. Oktober eine öffentliche Metallarbeiter...

Er redete unter anderem: In der Welt gäbe es nur Ausbeuter und Ausgebeutete. Die heutige Welt...

Als die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen war, drängte Bezirksleiter Ehler sich an das Rednerpult...

Die sozialdemokratische Metallarbeiter-Zeitung verurteilt diese „Laiensicht in geringsten. Ehler wird von ihr wohl als Held...

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der Elemente wie Ehler, noch stolz herandrängt...

Die christlichen Arbeiter sehen durch dieses Vorkommnis wieder, wie sehr oft die Beweisführung...

Ein interessantes Geschehnis.

In dieser Zeitung ist gegen die führenden Leute des Verbandes „deutscher Textilarbeiter“ öfters der Vorwurf erhoben...

Ein interessanter Vorfall hat sich ereignet. Ein gewisser Herr hat sich gegen die christliche Kirche...

Was wird gegen den Zentralvorstand des gesamten Verbandes ein ähnlicher Vorwurf erhoben...

In Nr. 44 des genannten Blattes werden in einem Artikel unsere Verhältnisse besprochen, unter denen...

baumwollpreise zu rechnen. Da geleit es für die Mitglieder...

„Denn die Taktik unseres Verbandes muß sich in erster Linie nach dem Beschäftigungsgrad der Industrie richten...

„Dann sucht der Verfasser seine Behauptung, daß im Herbst 1910 Hochkonjunktur sein würde, zu begründen...

„Das ist es auch, was Schreiber dieses schon mehrmals in der Zentralverwaltung angeregt hat: Leider ohne Erfolg...

Man muß anerkennen den Mitgliedern und der ganzen Öffentlichkeit die Fehler auszusprechen, die von der Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

eine Erneuerung des Gesetzes in dem angegebenen Sinne. Neulich blies die „Post“, ein Schachmacherblatt...

„Die Anschläge auf die persönliche Freiheit, auf das Recht der Selbstbestimmung in der Anwendung der eigenen...

„Das ist es auch, was Schreiber dieses schon mehrmals in der Zentralverwaltung angeregt hat: Leider ohne Erfolg...

Man muß anerkennen den Mitgliedern und der ganzen Öffentlichkeit die Fehler auszusprechen, die von der Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

Allgemeine Rundschau.

Allgemeines.

Armenunterstützung — Schmälerung der politischen Rechte. Bekanntlich geht derjenige, der Armenunterstützung bezieht...

Durch das Reichsgesetz, betr. die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, vom 15. März 1909...

„Das ist es auch, was Schreiber dieses schon mehrmals in der Zentralverwaltung angeregt hat: Leider ohne Erfolg...

Man muß anerkennen den Mitgliedern und der ganzen Öffentlichkeit die Fehler auszusprechen, die von der Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

„Aber alle Dinge Taktik seitens der Zentralleitung wird nicht fruchtbar, wenn nicht der Textilarbeiter...

„Einem Arbeiter zum anderen taumelte“ und daß ihre Aktionen weniger als die des „deutschen“ Verbandes...

„Wenn der offene Protest des Textilarbeiters gegen das leichtfertige Vorgehen seiner Zentralverwaltung...

Veranstaltungskalender.

- Regensburg. 20. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Gustav Eckhoff.
Bergedorf. 21. Nov., 11 Uhr, Vertrauensmannwahl.
...
München. 21. Nov., 6 Uhr, bei Albert Reiner.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
Heinrich Deckers in Amern St. Georg.
Heinrich Bergartz in Vierson.
Agnes Krömers in Vierson.
...
Wilhelm Schmitz in Mülheim a. Rh.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Aus Arbeitserfahrungen.

Schutz des Arbeitswilligen. In jüngerer Zeit erheben die Arbeitgeber in verstärkter Weise die Forderung...